



Eine Frage der (Arbeits-)Zeit

Erwerbstätigkeit. Der Fachkräftemangel ist in Deutschland allgegenwärtig und wird sich auf absehbare Zeit wohl weiter zuspitzen. Es gibt allerdings verschiedene Hebel, um dem Trend entgegenzuwirken. Vor allem gilt es, die im internationalen Vergleich niedrige Wochenarbeitszeit zu erhöhen. Welche Optionen dafür besonders Erfolg versprechend sind und weshalb die Bundesrepublik vor einer Welle der Rationalisierung steht, diskutieren DIW-Präsident Marcel Fratzscher und IW-Direktor Michael Hüther im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Brückentechnologie

Erdgas gilt als Brückentechnologie hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung. Doch der Krieg gegen die Ukraine hat große Abhängigkeiten offenbart.

—> [Seiten 6-7](#)

Spritpreise

Die Preise für Diesel und Benzin unterscheiden sich innerhalb Deutschlands je nach Region deutlich. Das liegt auch an Russlands Krieg gegen die Ukraine.

—> [Seiten 14-15](#)

Chancen und Grenzen auf dem Arbeitsmarkt

Erwerbstätigkeit. Der Fachkräftemangel und ein zunehmendes Demografieproblem belasten den deutschen Arbeitsmarkt. Eine wichtige Stellschraube, um der Entwicklung zu begegnen, ist eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit. Hier gibt es vor allem bei Teilzeitkräften Potenzial. Zudem gilt es, Geringqualifizierte und Ältere besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die deutsche Bevölkerung altert – das ist bekannt. Auch die Probleme für den Arbeitsmarkt durch den demografischen Wandel sind von Medien häufig thematisiert worden. Was in der Debatte jedoch oftmals fehlt, sind konkrete Zahlen, die das Ausmaß des Problems für Deutschland verdeutlichen.

Daten dazu finden sich beim Statistischen Bundesamt (Grafik):

Während zwischen 1959 und 1969 pro Jahr immer mehr als 1,2 Millionen Menschen in Deutsch-

land geboren wurden, waren es seit 2002 stets weniger als 800.000.

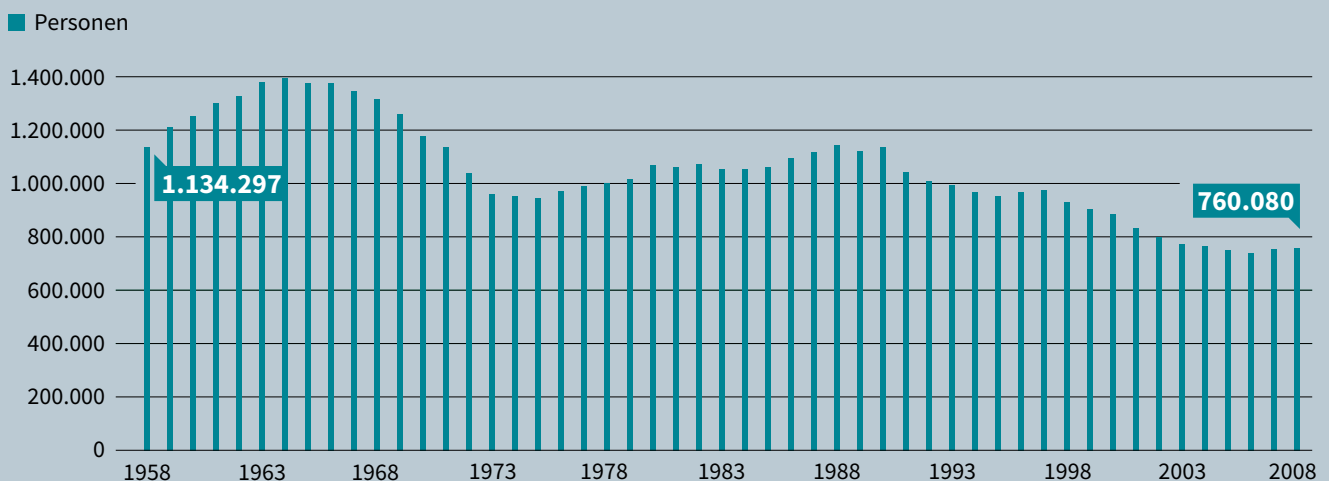
Bis zum Jahr 2030 werden – unterstellt man einen Renteneintritt mit 65 Jahren – etwa neun Millionen Menschen den hiesigen Arbeitsmarkt verlassen. Ausgehend von einem durchschnittlichen Alter beim Berufseinstieg von 22 Jahren kommen im Gegenzug nur gut sechs Millionen neue potenzielle Arbeitnehmer dazu.

Die gewaltige Lücke versucht Deutschland zunehmend mit Fach-

kräften aus dem Ausland zu schließen. Weitere Optionen sind ein generell höherer Anteil an Erwerbstätigen, eine höhere Arbeitszeit pro Kopf oder eine höhere Produktivität. Letztere ist allerdings schwer zu beeinflussen. Sie wuchs in den vergangenen Jahrzehnten nicht mehr so stark wie zuvor. Dabei gilt es zu bedenken, dass in vielen Berufen – wie etwa der Altenpflege – kaum Möglichkeiten zur Steigerung bestehen und eine Arbeitsverdichtung negative Folgen für die körper-

Bevölkerung: Geburtenzahlen rückläufig

Zahl der Neugeborenen in Deutschland



liche und mentale Gesundheit der Beschäftigten haben kann.

Bei der Arbeitszeit je Erwerbstätigen gibt es dagegen noch viel Potenzial. In Deutschland leistete im Jahr 2021 jeder Beschäftigte durchschnittlich 1.349 Stunden. Im Vergleich der OECD-Staaten lag Deutschland damit auf Platz 38 (siehe iwd 7/2023). Das hat einen zentralen Grund:

In Deutschland ist der Anteil der Teilzeitkräfte deutlich höher als in vielen anderen Industriestaaten.

Das IW hat sich deshalb damit beschäftigt, welche soziodemografischen Gruppen besonders häufig in Teilzeit angestellt sind und wie die Arbeitszeit verlängert werden kann. Dabei haben die Forscher Selbstständige, Auszubildende und Personen in 1-Euro-Jobs als erwerbstätig berücksichtigt, aber ihre Arbeitszeit nicht ausgewiesen, da ihr Arbeitszeitarrangement nicht mit dem von Beschäftigten vergleichbar ist. Ausgewertet wurden die Daten des Jahres 2020 von 25- bis 64-Jährigen, um Schüler oder Studenten weitestgehend auszuschließen. Ein erster Befund (Grafik):

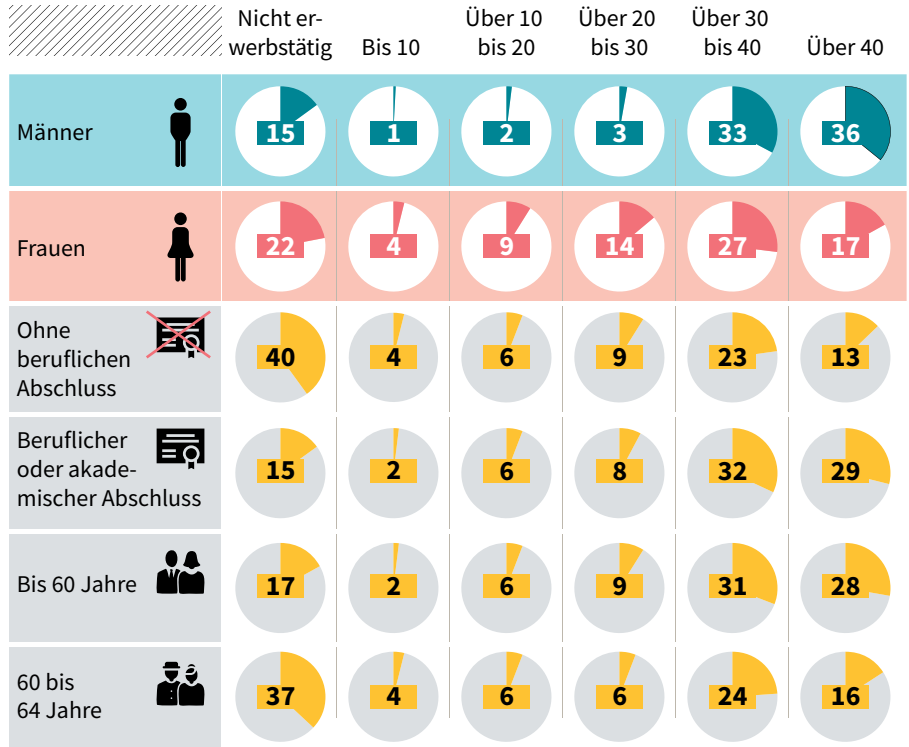
Die deutliche Mehrheit der Teilzeitjobs wird von Frauen ausgeübt.

Rund 69 Prozent der Männer arbeiteten 2020 mehr als 30 Stunden in der Woche, bei den Frauen betrug der Anteil nur 44 Prozent. Der Hintergrund ist eindeutig: Frauen mit Kindern unter 14 Jahren gehen nur zu 27 Prozent länger als 30 Wochenstunden einem Beruf nach. Auffällig: Bei den Vätern liegt der Anteil mit 79 Prozent deutlich über dem der kinderlosen Männer (66 Prozent). Unklar ist, ob Frauen freiwillig oder unfreiwillig – etwa durch schlechte Betreuungsangebote – verkürzte Arbeitszeiten wählen.

Eine zweite Gruppe mit Potenzial für den Arbeitsmarkt sind Personen

Wochenarbeitszeit: Männer arbeiten länger

So viel Prozent dieser Personengruppe in Deutschland im Alter von 25 bis 64 Jahren arbeiten so viele Stunden pro Woche



Stand: 2020; Rest zu 100: Selbstständige, Auszubildende, 1-Euro-Jobber
 Quelle: Sozio-oekonomisches Panel
 © 2023 IW Medien / iwd

iwd

ohne berufliche Ausbildung. Bei ihnen geht es zunächst darum, sie überhaupt in Lohn und Brot zu bekommen – 40 Prozent der Menschen ohne berufliche Ausbildung in Deutschland haben keinen Job. Knapp die Hälfte von ihnen gibt an, „wahrscheinlich“ oder „ganz sicher“ in Zukunft arbeiten zu wollen.

Eine dritte interessante Gruppe für den Arbeitsmarkt sind die Älteren. Ab einem Alter von 60 Jahren sinkt die Zahl der Erwerbstätigen um 20 Prozentpunkte.

Zusammengefasst lässt sich anhand der vorliegenden Daten festhalten:

Von den drei betrachteten Gruppen sind Frauen demnach die einzige, bei der eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit Erfolg verspricht.

Die Politik sollte mit einer besseren Betreuungsinfrastruktur das längere Arbeiten für Frauen mit Kindern unter 14 Jahren attraktiver gestalten. Für teilzeitbeschäftigte Frauen mit älteren Kindern – sie sind absolut gesehen in der Überzahl – gilt es, den Wiedereinstieg in Vollzeit bestmöglich zu begleiten und zu unterstützen.

Bei den beiden anderen Gruppen liegt das Hauptproblem eher darin, dass viele keinen Job haben. Auch hier gibt es Ansatzpunkte, um das gesamtwirtschaftliche Arbeitszeitvolumen zu stärken.

IW-Kurzbericht 36/2023
 Holger Schäfer: Potenziale zur Verlängerung der Wochenarbeitszeit
iwkoeln.de/wochenarbeitszeit

Interview. **Marcel Fratzscher** ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), **Michael Hüther** ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Im Gespräch mit dem iwd diskutieren die beiden Ökonomen die Zukunft der Arbeitswelt – inklusive der jüngsten Forderungen zur Viertagewoche.

„Es gibt nichts umsonst“

Herr Fratzscher, was spricht gegen eine Viertagewoche für alle?

Die meisten Beschäftigten, die in Vollzeit arbeiten, wollen weniger Stunden arbeiten. Fast niemand möchte mehr arbeiten. Und fast jeder wünscht sich mehr Flexibilität. Wir brauchen also mehr Flexibilität, aber weder eine fixe Viertagewoche für alle noch angeordnete Mehrarbeit oder andere Korsette.

Herr Hüther, aus welchem triftigen Grund sollte weniger gearbeitet werden?

Wenn die Leute weniger arbeiten wollen, dann ist das Grund genug. Allerdings wird in den Diskussionen eine Münchhausen-Lösung vorgeschlagen: Es wird suggeriert, dass wir weniger arbeiten, aber das Gleiche herausbekommen können.

Doch es gibt nichts umsonst: Wer weniger arbeitet, muss mit weniger Verdienst auskommen – oder belegen, dass seine Leistung entsprechend steigt.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der unzureichenden Zuwanderung von Fachkräften ist das Arbeitszeitvolumen aller Erwerbstätigen mittelfristig wohl kaum zu halten. Warum stellen wir uns nicht einfach darauf ein?

Hüther: Das ist ja mein Punkt. Es ist unstrittig, dass es in den vergangenen drei Dekaden nur geringe Produktivitätszuwächse gab. Und das gilt bis heute, obwohl wir mitten in der digitalen Transformation sind. Bereits bis 2030 werden uns jährlich rund 4,2 Milliarden Arbeitsstunden fehlen – trotz Zuwanderung, die wir in den Prognosen unterstellen.

Doch wie gehen wir damit um? Ein Erwerbstätiger in Vollzeit arbeitet bei uns jährlich knapp 300 Stunden weniger als entsprechende Beschäftigte in der Schweiz oder in Schweden. Das Jahresarbeitszeitvolumen ist eines der geringsten weltweit. Dennoch argumentieren Leute, dass wir aus Stressgründen weniger arbeiten sollen? Das kaufe ich nicht. Wir müssten schon gesünder als die meisten sein.

Werden wir irgendwann eine Viertagewoche haben, in der Ämter und Schulen nur noch vier Tage offen haben?

Fratzscher: Ich glaube, wir werden uns eher Richtung angelsächsische Welt bewegen, wo einige Läden auch sonntags offen haben. Wir werden schlicht ein flexibleres System bekommen. Und ich bin mir – anders als Michael Hüther – sicher,

dass es kein Nullsummenspiel ist, wenn Menschen weniger arbeiten. Empirische Studien zeigen recht eindeutig, dass eine geringere Arbeitszeit die Produktivität erhöht, Zufriedenheit und Motivation verbessert und zu weniger Krankheitstagen führt. Der Schlüssel ist, den vielen Millionen Beschäftigten – meist Frauen –, die in Teilzeit arbeiten und gerne mehr arbeiten möchten, die vielen Hürden aus dem Weg zu räumen. Dies ist das bei Weitem größte ungehobene Arbeitskräftepotenzial, durch das wir einen erheblichen Teil der Fachkräftelücke schließen könnten.

Hüther: Ja, 13 Prozent der Teilzeitkräfte wollen mehr arbeiten, gegebenenfalls sogar ein höherer Prozentsatz, wenn die Politik keine falschen Anreize setzen würde.

Aber das wird nicht reichen. Es gibt andere Hebel. Bezahlen im Supermarkt geht beispielsweise ohne Personal. Ich will damit sagen: Wir stehen vor einer Welle der Rationalisierung. Aber noch sehen wir nur die Anfänge. Das müssen die Unternehmen in den kommenden Jahren angehen – monotone Arbeit und standardisierte Jobs digitalisieren oder KI-gestützt substituieren.



Fotos: DIW Berlin (links), IW (rechts)

Fratzscher: Rationalisierung ist durchaus etwas Gutes, auch wenn es oft anders konnotiert ist.

Ich bin allerdings optimistischer als Kollege Hüther, wenn es um die Aktivierung der stillen Reserve geht. Mit deutlich höheren Löhnen, einer besseren Betreuungsinfrastruktur, mehr Wertschätzung und besseren Arbeitsbedingungen haben wir gute Chancen.

Hüther: Stichwort mehr Geld – bei den Löhnen sehen wir gesamtwirtschaftlich seit 2015 eine deutlich positive Lohndrift und in einigen Branchen beachtliche knappheitsbedingte Lohnprämien. Da bekommen qualifizierte Mitarbeiter also deutlich mehr Geld, als ihnen als Tariflohn zustünde.

Aber wenn es nicht genug Arbeitskräfte gibt, dann ist es nur eine Umverteilung von Arbeitskräften von einer Branche in eine andere.

Und noch einmal zur Produktivitätsdiskussion: In der Pflege ist momentan nahezu kein Produktivitätsfortschritt erkennbar und Pflegeroboter stoßen eher auf Widerstand, es ist aber ein massiv höherer Bedarf abzusehen.

Also Pflegekräfte aus dem Ausland anwerben?

Hüther: Ich bin sehr für ein liberales Zuwanderungsrecht. Aber ich habe große Schwierigkeiten damit, dass wir so tun, als sei dies die „silver bullet“ – also die einfache Lösung, die ein so kompliziertes Problem lösen kann. Das ist die Wiederauflage der Gastarbeiterlogik der 1950er Jahre. Damals wurde die Integration nicht geleistet.

Herr Fratzscher, Herr Hüther würde gern die Wochenarbeitszeit heraufsetzen – er hat es bereits angedeutet. Eine gute Idee?

Ich denke, das ist illusorisch und wäre kontraproduktiv. Bei uns ist die Jahresarbeitszeit deshalb geringer als anderswo, weil vor allem so viele Frauen in Teilzeit arbeiten. Das Ehegattensplitting, Minijobs und die kostenfreie Mitversicherung der Partner in der gesetzlichen Krankenversicherung abschaffen – damit gewinnen wir 200 bis 300 Stunden pro Jahr an Arbeitszeit bei den Betroffenen.

Herr Hüther, Herr Fratzscher will die Viertagewoche in Pilotprojekten ausprobieren. Um Unternehmen zum Mitmachen zu animieren, schlägt er Steuerentlastungen oder verringerte Sozialversicherungsbeiträge vor.

Die Idee überzeugt mich nicht. Die Flexibilität für eine Viertagewoche haben Firmen und Mitarbeiter schon jetzt. Ich bin sicher, dass Unternehmen all das für ihre Belegschaften tun, was sie sich im internationalen Wettbewerb leisten können. Da brauchen sie keine staatliche Unterstützung.

John Maynard Keynes prognostizierte vor knapp 100 Jahren für das Jahr 2030 eine tägliche Arbeitszeit von drei Stunden.

Fratzscher: Meine Vermutung, weshalb Keynes mit den drei Stunden täglicher Arbeitszeit im Jahr 2030 falsch lag, ist: Arbeit stiftet Menschen einen Sinn im Leben. Und sie schafft Wohlstand, bei dem es Menschen wichtig ist, dass sie nicht weniger haben als der Nachbar.

Dennoch: Der Trend hin zu weniger Zeit im Job ist da, die meisten Menschen wünschen sich mehr Zeit für sich und ihre Familie. Studien zeigen auch, dass sich Menschen mit mehr Freizeit oft stärker ehrenamtlich engagieren. Was wir gern vergessen: Arbeit heißt nicht nur bezahlte Arbeit. Wir müssen deshalb weg vom Credo, dass nur bezahlte Arbeit gute Arbeit ist.

Die Brücke trägt nicht

Energieversorgung. Erdgas ist in den vergangenen Jahrzehnten für Deutschland immer wichtiger geworden und soll als Brückentechnologie in eine klimaneutrale Zukunft dienen. Doch die Abhängigkeiten beim Gas sind hoch. Zudem werden langfristig hohe Preise erwartet. Es gibt nur einen Ausweg.

Industrielle Produktion, Stromerzeugung, Heizen – der Energieträger Erdgas ist für viele Bereiche wichtig bis unabdingbar. Deutschland hat seit den 1990er Jahren immer stärker auf Gas gesetzt, heute ist es hierzulande die zweitwichtigste Primärenergiequelle (Grafik):

Im Jahr 2022 betrug der Anteil von Erdgas am Energieverbrauch in Deutschland fast 24 Prozent.

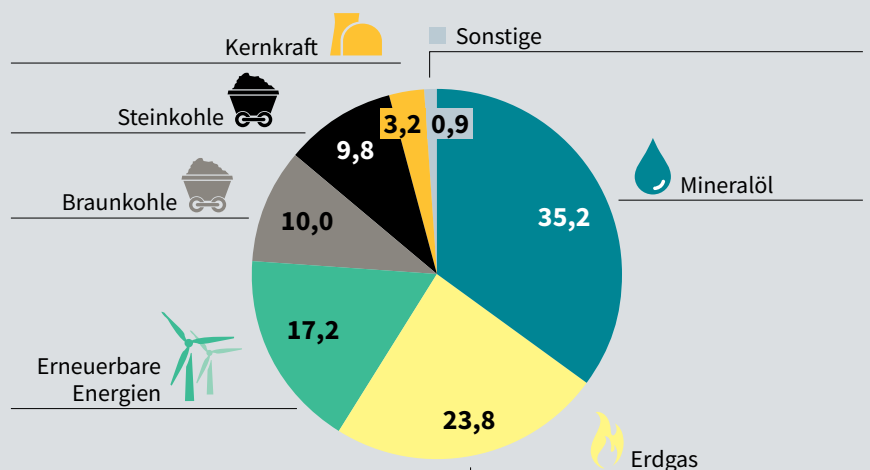
Nur Mineralöl war mit 35 Prozent noch wichtiger, erneuerbare Energien kamen auf gut 17 Prozent.

Den höchsten Gasverbrauch haben die Industrie mit rund 37 Prozent und die privaten Haushalte mit knapp 31 Prozent – hier fallen vor allem die bundesweit 21 Millionen Gasheizungen ins Gewicht. Gas soll auch in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen, bis die Transformation zu einer klimaneutralen Energieerzeugung in Deutschland geschafft ist.

Die Gründe sind simpel: Erdgas hat eine bessere CO₂-Bilanz als Kohle. Außerdem lassen sich Gaskraftwerke schnell hoch- und wieder herunterfahren sowie in ihrer Produktionsmenge gut steuern. So können Schwankungen im Stromnetz, verursacht durch die erneuerbaren Energien, ausgeglichen werden. Des Weiteren ist es mittel- bis langfristig möglich, Gaskraftwerke umzurüsten und mit grünem Wasserstoff zu betreiben.

Deutscher Energiemix: Erdgas auf Platz zwei

Anteil der Energieträger am Primärenergieverbrauch in Deutschland im Jahr 2022 in Prozent



Primärenergieverbrauch: bezeichnet den Energiegehalt aller im Inland eingesetzten Energieträger

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Doch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat gleich mehrere Schwachstellen in der deutschen Strategie, Erdgas als Brückentechnologie zu nutzen, offenbart. So ist Deutschland abhängig von anderen Staaten, da es selbst nur noch wenig Erdgas fördert. Russland war in der Vergangenheit der mit Abstand wichtigste Lieferant:

Im Jahr 2021 bezog die Bundesrepublik 55 Prozent ihrer Erdgasimporte aus Russland.

Inzwischen erhält Deutschland kein Pipelinegas mehr direkt aus

Russland, bleibt aber von den Lieferungen anderer Staaten abhängig.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, hat sich die Bundesregierung dazu entschieden, Terminals für Flüssiggas (LNG) zu bauen. Doch auch dabei gibt es unangenehme Wahrheiten zu akzeptieren: Flüssiggas war im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021 etwa 30 Prozent teurer als europäisches Pipelinegas. Gründe dafür sind die zusätzlichen Kosten für die energieintensive Verflüssigung und den Transport per Spezialschiff.

Ein weiterer wichtiger Faktor: Höchstwahrscheinlich zieht die Nachfrage nach Flüssiggas in Asien – dem aktuell wichtigsten Zielmarkt für LNG – weiter an. Das bedeutet, dass die Preise entsprechend eher steigen als fallen.

Auf Gas verzichten kann Deutschland derzeit aber nicht – Stichwort Brückentechnologie. Angesichts des Atomkraft- und Kohleausstiegs lässt sich der Gasverbrauch nur dann schneller reduzieren, wenn die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut werden. Doch dabei geht es nur langsam voran, wie ein Blick auf aktuelle Daten unterstreicht (Grafik):

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland lag 2022 bei weniger als 50 Prozent.

In den einzelnen Teilbereichen gibt es deutliche Diskrepanzen zwischen den Ausbauzielen und dem Istzustand. So sollen ab dem Jahr 2025 jährlich Windanlagen an Land mit einer Gesamtkapazität von zehn Gigawatt entstehen. Der durchschnittliche Zubau lag in den vergangenen drei Jahren lag aber nur bei 2,9 Gigawatt. Ähnlich sieht es bei Offshore-Windparks und Photovoltaikanlagen aus.

Eine weitere umweltfreundliche Energiequelle soll künftig grüner – also mittels erneuerbarer Energien hergestellt – Wasserstoff sein. Auch hier steht Deutschland noch vor großen Aufgaben. So müssen zum einen Transportketten für den Import aufgebaut werden, zum anderen fehlen im Inland Kapazitäten für erneuerbar erzeugten Strom sowie Elektrolyseprojekte mit großer Leistung, damit Deutschland selbst einen Teil des benötigten Wasserstoffs produzieren kann.

Angesichts all dieser Herausforderungen ist schnelles und gezieltes Handeln wichtig – und zwar auf mehreren Ebenen:

Schneller Staat. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schneller werden. Standardisierte Prozesse, Checklisten und typisierte Verfahren können den Behörden Orientierung bieten und die Effizienz erhöhen. Außerdem ist eine höhere Digitalisierung unerlässlich.

Erneuerbare Energien. Deutschland hat derzeit nur eine Strompreiszone – die regional unterschiedliche Nachfrage und die unterschiedlichen Produktionsbedingungen etwa für Windenergie spielen für die Preisbildung keine Rolle. Durch eine Aufspaltung in mehrere Strompreiszonen

würden sich Investitionen in erneuerbare Energien zum einen dort lohnen, wo grüner Strom günstig erzeugt werden kann. Zum anderen würde die Aufspaltung aber auch zu mehr Investitionsanreizen in Regionen mit hohem Stromverbrauch führen, weil der Strom in einer solchen Preiszone teurer würde.

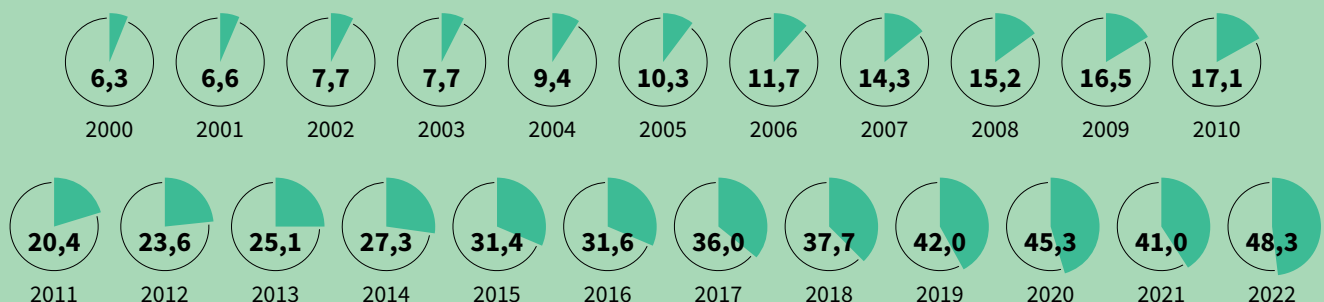
Außerdem müssen in Deutschland bis 2030 Speicherkapazitäten von rund 100 Gigawattstunden entstehen, um Schwankungen bei der Stromerzeugung mittels erneuerbarer Energien ausgleichen zu können.

Transformationsfähige Unternehmen. Die CO₂-Bepreisung verteuert emissionsintensive Produktionsverfahren und erhöht die Attraktivität klimafreundlicher Alternativen. Doch die sind bislang häufig teurer als die konventionellen Verfahren und der Umbau der Produktion erfordert beträchtliche Investitionen. Mit Förderinstrumenten kann und sollte die Politik auf europäischer und nationaler Ebene Unternehmen deshalb bei ihrer Transformation unterstützen.

IW-Policy Paper 5/2023
Michael Hüther, Malte Küper, Thilo Schaefer:
Zukunft Erdgas
iwkoeln.de/erdgas

Nur knapp die Hälfte des Stroms ist grün

Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland in Prozent



Quelle: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik
© 2023 IW Medien / iwd

Von Süd nach Nord geht es bergab

Innovationen. Ob bei Forschungsausgaben, Firmengründungen, digitaler Vernetzung oder Patentleistung: Die süddeutschen Industriezentren sowie – weniger ausgeprägt – die Regionen im Westen haben in den zentralen Innovationsindikatoren fast durchgängig die Nase vorn. Damit der Norden und der Osten aufholen können, muss der Staat handeln.

Seltene Erden? Öl? Gas? Deutschland hat kaum Bodenschätze, mit denen ein Staat viel Geld verdienen und damit den Wohlstand fördern kann. Um Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum zu sichern, sind deshalb Innovationen umso wichtiger – ganz abgesehen davon, dass der Übergang zu einer klimaneutra-

len Wirtschaft nur mit innovativen Produkten und Prozessen zu bewältigen ist.

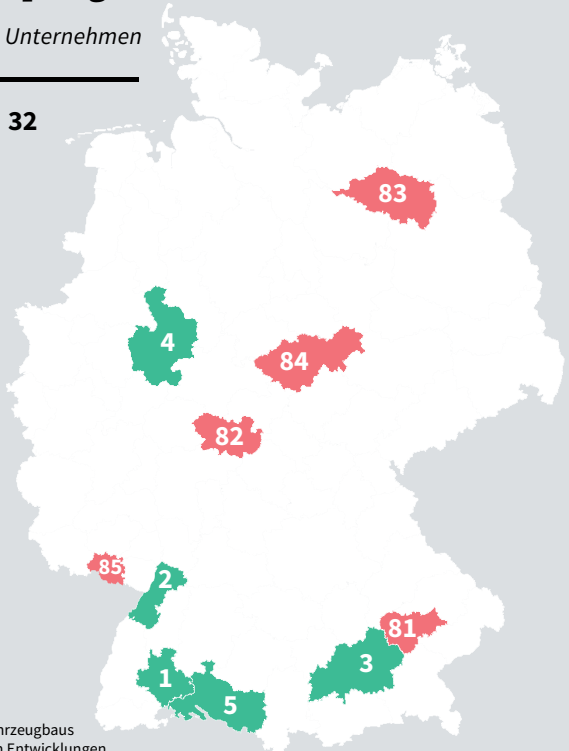
Wie die einzelnen Regionen in Deutschland diesbezüglich aufgestellt sind, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in seinem neuen Innovationsatlas zusammengetragen. Einige zentrale Ergebnisse:

Forschungsaufwendungen der Wirtschaft. Das Ziel der EU, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) bis 2020 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, hat Deutschland bereits 2019 mit 3,2 Prozent erfüllt. Maßgeblich war, dass die Unternehmen ihre Forschungsaktivitäten in den vergan-

Innovationsrelevante Gründungen: Die Top- und Flop-Regionen

Unternehmensgründungen in innovationsaffinen Branchen je 10.000 aktive Unternehmen

1	Rottweil / Schwarzwald-Baar-Kreis / Tuttlingen	32
2	Baden-Baden / Karlsruhe (Stadt) / Karlsruhe (Landkreis) / Rastatt	24
3	München (Stadt) / Dachau / Ebersberg / Erding / Freising / Fürstenfeldbruck / Landsberg am Lech / München (Landkreis) / Starnberg	22
4	Gütersloh / Paderborn / Hochsauerlandkreis / Soest	22
5	Konstanz / Bodenseekreis / Ravensburg / Sigmaringen / Lindau (Bodensee)	22
81	Landshut (Stadt) / Landshut (Landkreis) / Dingolfing-Landau	10
82	Vogelsbergkreis / Fulda	10
83	Ostprignitz-Ruppin / Prignitz	8
84	Mansfeld-Südharz / Eichsfeld / Nordhausen / Unstrut-Hainich-Kreis / Kyffhäuserkreis	8
85	Pirmasens / Zweibrücken / Südwestpfalz	7



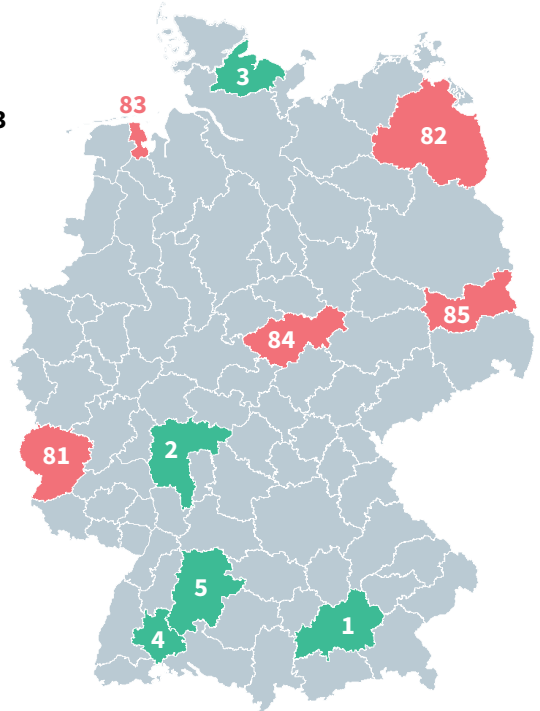
Gründungen: Gründungsdatum zwischen Mitte 2017 und Mitte 2022
 Innovationsaffine Branchen: z. B. Teile der chemischen Industrie, der Elektrotechnik, des Maschinen- und des Fahrzeugbaus
 Einteilung Deutschlands in 85 Wirtschaftsräume, u. a. nach Pendlerströmen und gleichlaufenden wirtschaftlichen Entwicklungen

Quellen: Datenbank beDirect, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

Industrie 4.0 unterschiedlich weit verbreitet

Wirtschaftsräume in Deutschland mit den meisten/wenigsten Industrie-4-0-affinen Unternehmen in Prozent aller Unternehmen im Jahr 2020

1	München (Stadt) / Dachau / Ebersberg / Erding / Freising / Fürstenfeldbruck / Landsberg am Lech / München (Landkreis) / Starnberg	13
2	Darmstadt / Frankfurt am Main / Offenbach (Stadt) / Darmstadt-Dieburg / Groß-Gerau / Hochtaunuskreis / Main-Kinzig-Kreis / Main-Taunus-Kreis / Odenwaldkreis / Offenbach (Landkreis) / Wetteraukreis	12
3	Kiel / Neumünster / Plön / Rendsburg-Eckernförde	12
4	Rottweil / Schwarzwald-Baar-Kreis / Tuttlingen	11
5	Stuttgart / Böblingen / Esslingen / Göppingen / Ludwigsburg / Rems-Murr-Kreis / Reutlingen / Tübingen / Zollernalbkreis	11
81	Cochem-Zell / Trier / Berncastel-Wittlich / Eifelkreis Bitburg-Prüm / Vulkaneifel / Trier-Saarburg	6
82	Uckermark / Mecklenburgische Seenplatte / Vorpommern-Greifswald	6
83	Wilhelmshaven / Friesland	6
84	Mansfeld-Südharz / Eichsfeld / Nordhausen / Unstrut-Hainich-Kreis / Kyffhäuserkreis	6
85	Cottbus / Elbe-Elster / Oberspreewald-Lausitz / Spree-Neiße	6



Industrie 4.0: digitale Vernetzung von Produktentwicklung, Produktion, Logistik und Kunden
Einteilung Deutschlands in 85 Wirtschaftsräume, u. a. nach Pendlerströmen und gleichlaufenden wirtschaftlichen Entwicklungen
Quellen: IW Consult, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

genen Jahren massiv gesteigert haben. Im bundesweiten Schnitt investierten sie 2019 gut 2,4 Prozent der Bruttowertschöpfung in FuE und steuerten so rund drei Viertel aller FuE-Aufwendungen bei.

Auf regionaler Ebene ist das Gefälle allerdings groß:

Während die FuE-Intensität in Baden-Württemberg im Jahr 2019 – neuere Daten liegen nicht vor – mehr als 5,3 Prozent erreichte, betrug sie in Sachsen-Anhalt im Schnitt weniger als 0,5 Prozent.

Noch deutlichere Unterschiede zeigen sich zwischen den vom IW definierten 85 Wirtschaftsräumen (WR) in Deutschland. Hier liegt der von der Automobilindustrie geprägte WR Braunschweig/Wolfsburg/Gifhorn/Helmstedt mit FuE-Aufwendungen von fast 9,6 Prozent der Bruttowertschöpfung klar in Front. Den letzten Platz belegt der WR Emnden mit lediglich 0,08 Prozent.

Technologieorientierte Unternehmensgründungen. Junge Firmen, die neue Produktideen und Technologiekonzepte auf den Markt bringen, sind nicht nur selbst innovativ. Sie erhöhen auch den Wettbewerbsdruck auf etablierte Unternehmen und steigern dadurch zusätzlich die Innovationskraft eines Landes.

Unternehmensgründungen in innovationsaffinen Branchen – also jenen mit in Relation zum Umsatz überdurchschnittlich hohen FuE-Aufwendungen – unterliegen ebenfalls einem regionalen Gefälle, das allerdings nicht so stark ist wie bei der FuE-Intensität (Grafik Seite 8):

In der Region Rottweil/Schwarzwald-Baar-Kreis/Tuttlingen wurden von Mitte 2017 bis 2022 relativ gesehen die meisten Unternehmen in innovationsaffinen Branchen gegründet – nämlich 32 je 10.000 aktive Unternehmen.

Am niedrigsten war diese Quote im WR Pirmasens mit sieben innovationsorientierten Gründungen je 10.000 bestehende Unternehmen.

Der hohe Wert des Spitzenreiters dürfte vor allem auf die Attraktivität Tuttlingens als Cluster für Medizintechnik zurückzuführen sein. Die ebenfalls auf dem Treppchen platzierten Wirtschaftsräume Karlsruhe und München haben nicht zuletzt mit ihren etablierten Forschungsinstitutionen Start-ups angezogen.

Generell lassen sich die technologieorientierten Gründer häufig in den Ballungszentren nieder – trotz der dort hohen Mieten. Erklären lässt sich dies damit, dass beispielsweise innovative IT-Dienstleister keine großen Gewerbeflächen benötigen. Zugleich bieten die Metropolen ein

Fortsetzung

großes Potenzial an qualifizierten Arbeitskräften.

Affinität zur Industrie 4.0. Für viele Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ist es unabdingbar, ihre gesamten Wertschöpfungsprozesse zu digitalisieren und zu vernetzen – wobei auch die Kunden einbezogen werden. Nur so können die Firmen dauerhaft im internationalen Wettbewerb bestehen.

Auf der Ebene der Bundesländer war der Anteil solcher Industrie-4.0-affinen Unternehmen im Jahr 2020 in Hamburg mit 13 Prozent am höchsten, dicht gefolgt von den anderen Stadtstaaten, Berlin und Bremen, mit jeweils 12 Prozent. Im dünn besiedelten Mecklenburg-Vorpommern betrug der Anteil der Firmen, die für die Industrie 4.0 gerüstet sind, lediglich 6 Prozent.

Darüber hinaus gibt es eine digitalisierte und vernetzte Produktion vor allem in jenen Regionen, wo viele und/oder große Firmen einer Branche angesiedelt sind (Grafik Seite 9):

Die höchsten Anteile an Industrie-4.0-affinen Unternehmen verzeichnen die Automobilregion München, der Wirtschaftsraum Darmstadt mit vielen Betrieben des Maschinenbaus, der Chemie und der Pharmabranche sowie die Region Kiel mit ihrem starken Marineschiffbau.

Generell gilt, dass der Übergang zur Industrie 4.0 von leistungsfähigem Breitbandinternet abhängt. Vor allem die ländlichen Regionen Deutschlands liegen hier zurück – entsprechend wenige Industrie-4.0-affine Unternehmen sind dort bislang zu finden.

Patentanmeldungen. Am Ende eines intensiven Forschungs- und Entwicklungsprozesses steht oft ein Patent – die Anmeldungen sind deshalb ein besonders wichtiger Innovationsindikator. Die vom IW

ermittelten Zahlen für 2019 – dies ist aufgrund der langen Offenlegungsfristen der aktuelle Datenstand – zeigen auch bei dieser Messgröße eine deutliche Führungsposition der süddeutschen Industrieregionen (Grafik):

Erfinder in Baden-Württemberg und Bayern meldeten 2019 – je 100.000 Beschäftigte – 321 beziehungsweise 236 Patente an. Alle anderen Bundesländer lagen unter dem deutschlandweiten Durchschnitt von 147.

Die Ergebnisse für die Wirtschaftsräume unterstreichen die Dominanz des Südens – vor allem gegenüber den ostdeutschen Regionen. Auf Erfinder mit Wohnsitz in den Regionen Stuttgart, Ingolstadt und Konstanz gingen zuletzt jeweils mehr als 400 Patentanmeldungen je 100.000 Beschäftigte zurück – in den Wirtschaftsräumen Uckermark, Dessau-Roßlau und Cottbus waren es weniger als 20.

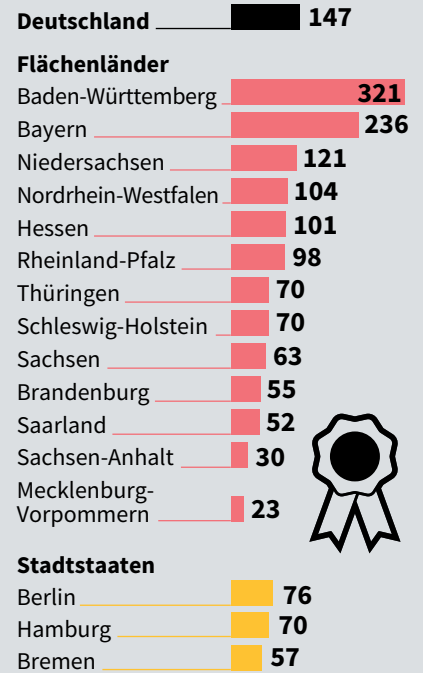
Fasst man alle Indikatoren zusammen, liegen die Wirtschaftsräume Stuttgart, Wolfsburg, Karlsruhe/Baden-Baden, München und Ingolstadt auf den vorderen Plätzen des Innovationsrankings, das Schlusstrio bilden Ostprignitz-Ruppin, Lüchow-Dannenberg und Mansfeld-Südharz. Eine Ausnahme von den generell unterdurchschnittlichen Ergebnissen für den Osten Deutschlands bildet lediglich der WR Jena auf dem Gesamtrang 27.

Verglichen mit 2017, als das IW erstmals den Innovationsatlas erstellte, hat sich das Gefälle innerhalb Deutschlands verschärft, sodass die ländlichen Regionen dauerhaft den Anschluss zu verlieren drohen. Die Politik muss deshalb handeln.

Unter anderem sollte der Staat die FuE-Aktivitäten der Unternehmen stärker steuerlich fördern und einem größeren Adressatenkreis zugutekommen lassen. Um den langfristig

Patenter Süden

Patentanmeldungen je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Jahr 2019 nach dem Sitz des Erfinders



Quelle: IW-Patentdatenbank
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

rückläufigen Trend bei den Unternehmensgründungen zu stoppen und umzukehren, sollten die Bundesländer ihre Hochschulen dazu motivieren, das Thema Unternehmertum stärker in ihre Lehrinhalte zu integrieren und ihre Transferzentren gezielt auf Ausgründungen auszurichten. Nicht zuletzt muss die öffentliche Hand flächendeckend sogenannte One-Stop-Shops einrichten beziehungsweise ausbauen, mit deren Hilfe der Glasfaserausbau gerade auf dem Land schneller geplant und durchgeführt werden kann.

IW-Analysen 153

Maike Haag, Hanno Kempermann, Enno Kohlich, Oliver Koppel: Innovationsatlas 2023 – Die Innovationskraft der deutschen Regionen
iwkoeln.de/innovationsatlas

Werbemarkt unter Druck

Reklame. Die Werbekonjunktur in Deutschland schwächtelt. Hauptverantwortlich sind die seit Jahren sinkenden Einnahmen aus der Print- und Fernsehwerbung. Jetzt droht der Branche zusätzlich ein Werbeverbot für bestimmte Lebensmittel.

Online, in der Zeitung, im Fernsehen oder auf Plakaten und Litfaßsäulen: Werbung begegnet uns jeden Tag. Fast 48 Milliarden Euro wurden in Deutschland im Jahr 2022 für Werbeschaltungen ausgegeben – rund 1,2 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts.

Obwohl die Werbewirtschaft ihr Marktvolumen 2022 um 1,6 Prozent vergrößern konnte, blieb die erhoffte Erholung nach den Coronajahren aus. Die infolge des russischen Angriffskriegs gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise trieben die Kosten der Werbeproduktion in die Höhe, sodass die Netto-Werbeinnahmen um 0,6 Prozent sanken.

Die Einnahmen der TV-Sender gingen im Vergleich der Werbeträger am stärksten zurück (Grafik):

Das deutsche Fernsehen erzielte 2022 rund 166 Millionen Euro weniger Nettoumsatz mit Werbeschaltungen als im Vorjahr.

Das lineare Fernsehen verlor rund 323 Millionen Euro. Diese Lücke konnte auch die auf den Sendern geschaltete In-Stream-Videowerbung mit einem Umsatzplus von 157 Millionen Euro nicht schließen.

Printmedien büßten im Jahr 2022 rund 98 Millionen Euro an Netto-Werbeinnahmen ein. Damit setzte sich der bereits seit 2012 verzeichnete Negativtrend fort.

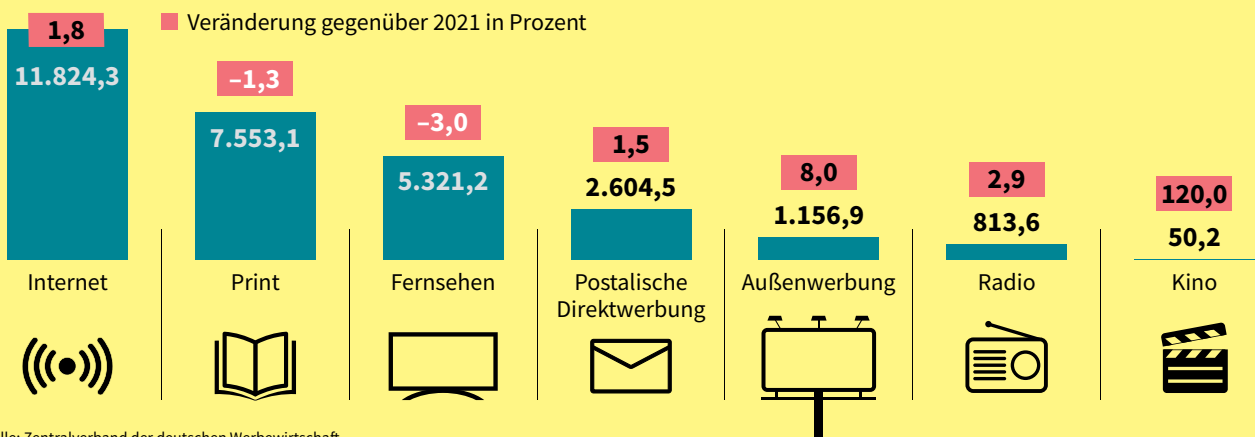
Anders sieht das bei der Internetwerbung aus, die ein Wachstumsjahr nach dem anderen verbucht – so auch 2022. Das Tempo ließ jedoch nach: War der Umsatz mit Displaywerbung – einer Sparte der Internet-

werbung – 2021 netto noch um rund 25 Prozent gestiegen, legte er 2022 nur um 1,1 Prozent zu.

Der Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) warnt angesichts der sinkenden Umsätze vor Einschränkungen, wie sie Ernährungsminister Cem Özdemir vorschlägt. Er will an Kinder gerichtete Werbung für Lebensmittel mit viel Zucker, Salz oder Fett verbieten und so Übergewicht bei Kindern vorbeugen. Der ZAW betont dagegen, dass es keinen belegten Zusammenhang zwischen Werbung und Übergewicht gebe. Außerdem sei das Verbot nicht trennscharf. Dadurch falle auch ein Großteil der Werbung, die für Erwachsene gedacht ist, unter das geplante Verbot. Das hätte weitreichende Folgen für die Hersteller.

Werbemarkt: Online liegt vorn

Netto-Werbeumsätze in Deutschland im Jahr 2022 in Millionen Euro



Quelle: Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft © 2023 IW Medien / iwd

Kaum Anreiz zur Arbeit

Rente. Um den Fachkräftemangel abzuschwächen, dürfen Frührentner seit Beginn des Jahres ohne Einkommensgrenze weiterarbeiten. Allerdings müssen sie in diesem Fall hohe Sozialabgaben und Steuern zahlen. Das verringert die Motivation, länger im Job zu bleiben.

Die volle Rente bekommen – und dabei weiterarbeiten? Bis zum Ende des vergangenen Jahres war das in Deutschland nur mit Erreichen der Regelaltersgrenze uneingeschränkt möglich. Bei Frührentnern wurde jenes Einkommen, das den jährlichen Freibetrag von 6.300 Euro überstieg, zu 40 Prozent von der Rente abgezogen.

Wer beispielsweise zusätzlich zur Rente 18.000 Euro im Jahr verdiente, lag damit 11.700 Euro über dem Freibetrag. Davon gingen 40 Prozent – in diesem Fall 4.680 Euro – von der Rente ab. Darüber hinaus durfte das aufsummierte Einkommen aus Hinzuverdienst und gekürzter Rente das höchste Jahresgehalt der vergangenen 15 Jahre nicht überschreiten.

Als Reaktion auf die Coronapandemie hob die Bundesregierung den Freibetrag im Jahr 2020 zunächst auf 44.590 Euro und 2022 auf 46.060 Euro an. Der Grund: Die Politik befürchtete, dass viele ältere Beschäftigte vorzeitig in Rente gehen, um das Risiko einer Infektion zu verringern. Die Frührentner sind ohnehin schon die größte Gruppe der neuen Altersrentner (Grafik):

Von den rund 858.000 Bundesbürgern, die im Jahr 2021 erstmals eine Altersrente bezogen, traten gut 58 Prozent vor Erreichen der Regelaltersgrenze von damals

65 Jahren und zehn Monaten in den Ruhestand.

Aufgrund des akuten Fachkräftemangels fiel die Grenze, wie viel Geld neben der Rente hinzuverdient werden darf, zu Beginn dieses Jahres komplett weg. Das soll die Frührentner dazu motivieren, eine Beschäftigung trotz Rentenbezugs fortzuführen oder wieder aufzunehmen.

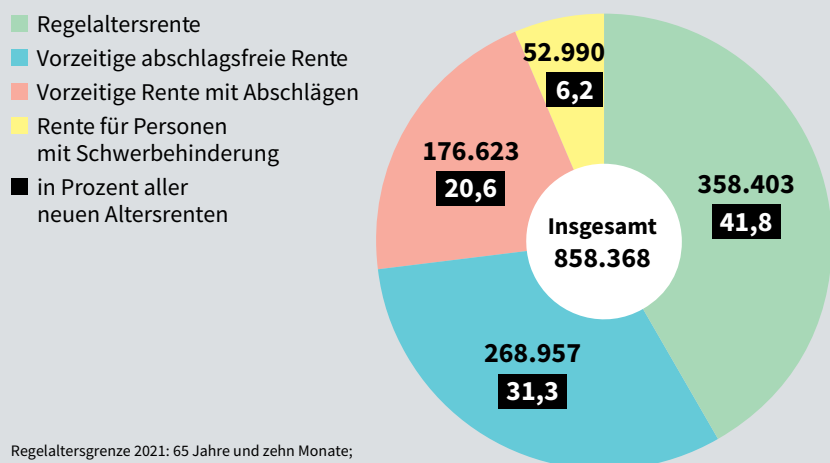
Doch auch wenn der Hinzuverdienst nicht mehr auf die Rente angerechnet wird, sind dennoch Abgaben fällig. Wer vorzeitig in Rente

geht und weiterarbeitet, muss wie jeder andere Arbeitnehmer auch bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze in die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung einzahlen. Und der Grundfreibetrag in der Einkommensteuer kann durch das Renteneinkommen bereits ausgeschöpft sein, sodass das verdiente Gehalt ab dem ersten Euro versteuert werden muss.

Das IW hat für verschiedene Konstellationen berechnet, wie groß die Abgabelast tatsächlich ist.

Rente: Viele gehen früher

So viele Menschen in Deutschland erhielten im Jahr 2021 erstmals diese Altersrenten



Regelaltersgrenze 2021: 65 Jahre und zehn Monate;
 vorzeitige abschlagsfreie Rente: möglich ab 45 Versicherungsjahren;
 vorzeitige Rente mit Abschlägen: möglich ab 35 Versicherungsjahren;
 Rente für Personen mit Schwerbehinderung: abschlagsfrei bei Alter zwischen 63 und 65 Jahren,
 mit Abschlägen bei Alter zwischen 60 und 62 Jahren (je nach Geburtsjahr),
 Rest zu 100 Prozent: u. a. Rente wegen Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit

Quelle: Deutsche Rentenversicherung
 © 2023 IW Medien / iwd

Besonders viel müssen alleinstehende Personen zahlen (Grafik):

Ein Single mit einem Renteneinkommen von 15.000 Euro und einem zusätzlichen Bruttoarbeits-einkommen von 25.000 Euro im Jahr muss gut 38 Prozent davon als Sozialabgaben und Steuern abführen.

Mit höheren Beträgen steigen die prozentualen Abgaben. Bei jährlichen 25.000 Euro Rente und einem Hinzuverdienst von 75.000 Euro gehen von Letzterem rund 45 Prozent an den Staat.

Für Ehepaare hat das IW zwei weitere Szenarien betrachtet. Ist der eine Partner in Teilzeit tätig und verdient im Jahr 20.000 Euro, während der andere neben einer Rente von 15.000 Euro noch für ein Jahresgehalt von 25.000 Euro beschäftigt bleibt, werden für den Rentner Abgaben von fast 38 Prozent fällig. Bei höheren Einkommen steigt die Belastung aufgrund des Ehegattensplittings, das für den Erstverdiener den Grenzsteuersatz reduziert, deutlich langsamer – auf maximal 40 Prozent.

Sind beide Ehepartner bereits in Rente – und erhalten daraus einmal 10.000 Euro, einmal 15.000 Euro –, während einer der beiden für 25.000 Euro weiterarbeitet, ist die Abgabenlast mit rund 33 Prozent relativ niedrig. Mit höheren Renten- und Arbeitseinkommen steigt der Prozentsatz allerdings auch in diesem Fall, auf bis zu 39 Prozent.

Die hohen Abgaben senken die Anreize für Frührentner, weiter berufstätig zu sein – zumal die Entscheidung für einen vorzeitigen Renteneintritt grundsätzlich zeigt, dass für mehr Freizeit gerne Einkommenseinbußen hingenommen werden. Das unterstreicht auch der

Hinzuverdienst bei vorzeitiger Rente: Hohe Abgabenlast

Alleinstehende Bundesbürger, die vor Erreichen der Regelaltersgrenze in Rente gehen und danach sozialversicherungspflichtig weiterarbeiten, müssen so viel Prozent des Hinzuverdienstes an Sozialabgaben und Steuern zahlen

Jährliches Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung in Euro	15.000	15.000	20.000	20.000	25.000	25.000
Jährliches Bruttoarbeits-einkommen in Euro	25.000	50.000	25.000	50.000	75.000	100.000
Darauf fällige Steuern und Sozialabgaben in Prozent	38,4	40,8	40,3	41,6	44,8	46,0

Annahmen: gesetzlich krankenversichert mit einem Zusatzbeitrag von 1,3 Prozent, Beginn des Rentenbezugs 2023, kein Wohngeldbezug

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd



Befund des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, laut dem im Jahr 2019 rund 70 Prozent der sogenannten Silver Worker – also Arbeitnehmer, die eine Rente beziehen oder das gesetzliche Renteneintrittsalter erreicht haben – als nicht sozialversicherungspflichtige Minijobber arbeiteten.

Mit der aktuellen Gesetzeslage bleibt die geringfügige Beschäftigung für die meisten Frührentner, die in reduziertem Maße weiterarbeiten möchten, wohl die attraktivere Option.

Im Jahr 2027 will die Bundesregierung den Wegfall der Hinzuverdienstgrenze bewerten. Zu vermuten ist, dass die Gesetzesänderung eher zu Mitnahmeeffekten führt, als den Fachkräftemangel abzuschwächen. Denn wer ohnehin motiviert ist, weiterzuarbeiten, kann nun sowohl das Einkommen als auch die Rente beziehen. Dann fällt auch die hohe Abgabenlast wenig ins Kalkül.

Um dem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen, wäre die sinnvollere Alternative, die „Rente mit 63“ abzuschaffen – also die Möglichkeit, maximal zwei Jahre vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in den Ruhestand einzutreten, wenn 45 Versicherungsjahre erreicht sind. Die Frührente belastet unnötig Rentenversicherung und Beitragszahler (siehe iwd 2/2023) – vor allem, wenn man bedenkt, dass die geburtenstarken Jahrgänge bald in Rente gehen. Die finanzielle Belastung steigt nämlich selbst dann, wenn der Anteil an Personen, die die Frührente nutzen, konstant bleibt – einfach nur, weil die entsprechenden Alterskohorten besonders groß sind.

IW-Kurzbericht 40/2023

Martin Beznoska, Ruth Maria Schüler: Lohnt sich der Hinzuverdienst bei vorgezogenem Rentenbezug? iwkoeln.de/hinzuverdienst-rente



Auf den Ort kommt es an

Spritpreise. Nach und nach starten die Sommerferien in Deutschland. Wer mit dem Auto unterwegs ist, tankt momentan Super E5 am günstigsten in Nordrhein-Westfalen. Im Osten ist es vor allem für Dieselfahrer teurer – auch wegen des Ukraine-Kriegs. Europaweit sind die Spritpreise in Bulgarien am erschwinglichsten. Dagegen ist das Tanken in Dänemark kein Vergnügen.

Koffer gepackt, das Auto beladen und los geht es in den Sommerurlaub. Für viele beginnt mit den

Sommerferien die Erholungs- und Reisezeit. Wer auf den eigenen vier Rädern unterwegs ist, profitiert von

niedrigeren Spritpreisen als noch zu Jahresbeginn. Das zeigt eine Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft (Grafik Seite 15):

Ein Liter Super E5 kostete Mitte Juni in Deutschland 7,8 Prozent weniger als noch ein Jahr zuvor. Für Diesel lag die Ersparnis sogar bei gut 22 Prozent.

Die Preisrückgänge auf dem Weltmarkt sind demnach an der Zapfsäule angekommen. Dazu gilt es zu beachten, dass es im Juni 2022 bereits den Tankrabatt in Deutschland gab. Ohne diesen würde der prozentuale Rückgang in diesem Jahr noch stärker ausfallen.

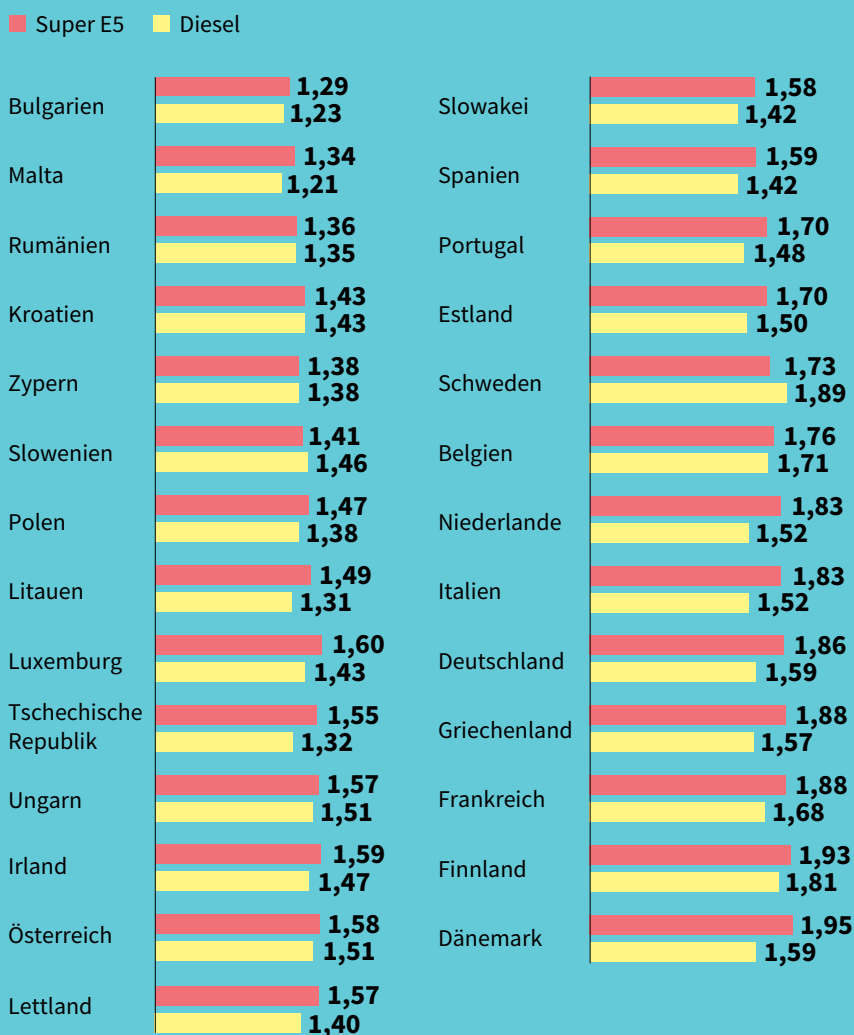
Eine wichtige Rolle für die Reisenden spielt derzeit auch, in welchem Bundesland sie an die Zapfsäule fahren, denn es gibt Preisunterschiede. Am günstigsten war Sprit zum Stichtag 12. Juni in Nordrhein-Westfalen. Dort kostete der Liter Super durchschnittlich knapp 1,83 Euro, Diesel ist nur in Rheinland-Pfalz mit 1,55 Euro je Liter minimal günstiger.

Deutlich höher waren die Spritpreise dagegen im Osten des Landes. Spitzenreiter ist Brandenburg, wo Diesel fast 5 Cent mehr kostete als in NRW. In Thüringen war Super am teuersten – dort mussten die Autofahrer fast 4 Cent mehr pro Liter als in Nordrhein-Westfalen bezahlen. Dafür gibt es einen Grund:

Die regionalen Unterschiede lassen sich mit den Raffine-

Tanken in Europa: Bulgarien am günstigsten

Durchschnittliche Spritpreise in diesen Ländern am 12. Juni 2023 in Euro pro Liter



Quelle: Europäische Kommission
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

riestandorten und Pipelinenetzen erklären.

In Deutschland gibt es 15 Raffinerien an 13 Standorten, die über das Bundesgebiet verteilt sind. Über ein Netzwerk von Ölpipelines werden sie mit Rohstoffen versorgt, über Produktpipelines transportieren sie die Treibstoffe wiederum ab. Die Bundesrepublik verfügt über drei voneinander getrennte Versorgungssysteme.

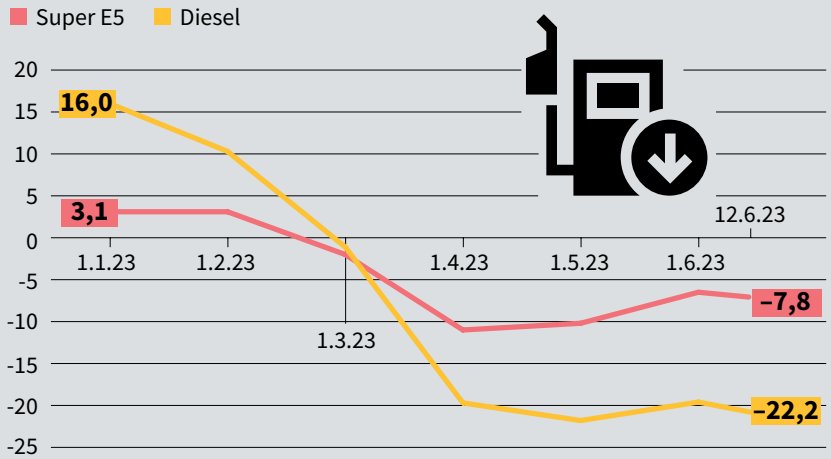
In Ostdeutschland sind die beiden Großraffinerien in Leuna und Schwedt der Endpunkt des „Drushba-Netzes“. Sie waren bis zum russischen Angriff auf die Ukraine vollständig auf russisches Öl ausgerichtet. Durch die – vor allem in Schwedt verspätete – Abkopplung nach Kriegsbeginn und die schwierige Suche nach Ersatzlieferanten sind die Preise für Kraftstoff im Einzugsgebiet der beiden Raffinerien derzeit immer noch höher als im Rest des Landes.

Das zweite Versorgungssystem deckt den Süden ab. Sowohl die große Raffinerie in Karlsruhe als auch die bayerischen Raffinerien werden über eine transalpine Pipeline und den Hafen Triest mit Rohöl versorgt. Da die Infrastruktur an dieser Stelle flexibler ist – sprich, die Lieferungen über den Hafen leichter ersetzt werden konnten –, schlägt sich der Ukraine-Krieg dort nicht so stark in den Preisen nieder.

Im Westen des Landes beziehen die Raffinerien ihre Rohstoffe über den Hafen von Rotterdam. Hier fließt vor allem Nordseeöl. Dadurch mussten die Lieferketten kaum umgestellt werden. Die Folge:

Spritpreise in Deutschland seit Jahresbeginn gesunken

Um so viel Prozent lagen die durchschnittlichen Zapfsäulenpreise pro Liter in Deutschland höher oder niedriger im Vergleich zum Vorjahrestag



Quellen: Tankerkönig, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd



Kraftstoff ist derzeit günstiger als im restlichen Bundesgebiet.

So weit zu den Tankpreisen in der Bundesrepublik. Doch wer für seinen Urlaub nicht in Deutschland bleibt, sondern über die Landesgrenzen hinausfährt, sollte sich vorher überlegen, wann er oder sie den nächsten Tankstopp einlegt (Grafik Seite 14):

Die höchsten Spritpreise europaweit zum Stichtag 12. Juni hatte Dänemark.

Für einen Liter Super E5 zahlte man bei unserem nördlichen Nachbarn zuletzt 1,95 Euro. Volltanken spätestens in Flensburg schon also die Urlaubskasse. Ähnlich teuer ist es in Finnland. Dort müssen vor allem Dieselfahrer mit hohen Kosten zurechtkommen: 1,81 Euro pro Liter sind der zweithöchste Dieselpreis in Europa – hinter Nachbar Schweden.

Während Skandinavien also für Autofahrer ein teures Pflaster ist, lässt sich im Südosten der Europäischen Union beim Tanken Geld sparen. Bulgarien hatte Mitte Juni einen durchschnittlichen Preis für Super von 1,29 Euro. Ebenfalls günstig ist der Kraftstoff in Rumänien, Kroatien und Slowenien sowie auf den Inseln Malta und Zypern. Ursächlich für die niedrigeren Preise ist die geringere Besteuerung von Kraftstoffen, die wiederum mit der schwächeren Kaufkraft in den Ländern zusammenhängt.

IW-Report 35/2023

Thomas Puls: Besser im Westen tanken – Eine Bestandsaufnahme von Benzin- und Dieselpreisen zum Ferienbeginn iwkoeln.de/tanken

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
 Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche



74,7 Prozent

der im Jahr 2022 neu gebauten Häuser und Wohnungen in Deutschland werden mit erneuerbaren Energien beheizt. 2015 lag der Anteil noch bei rund 62 Prozent. Vier von fünf neue Zweifamilienhäuser werden mit grüner Energie beheizt; bei Einfamilienhäusern sind es 77 Prozent. Häuser mit drei oder mehr Wohnungen liegen mit knapp 59 Prozent noch deutlich unter dem Schnitt.

In mehr als der Hälfte der im Jahr 2022 fertiggestellten Wohngebäude sind Wärmepumpen die primäre Heizung. Allein von 2021 bis 2022 stieg ihr Anteil um mehr als 6 Prozentpunkte von knapp 51 auf 57 Prozent. Wärmepumpen kommen vor allem in Ein- und Zweifamilienhäusern zum Einsatz: In gut 60 Prozent aller 2022 fertiggestellten Ein- und Zweifamilienhäuser findet sich eine Wärmepumpe, deutlich seltener dagegen in Mehrfamilienhäusern (35,8 Prozent). Diese werden zu 21 Prozent mit Fernwärme und zu 34 Prozent mit Erdgas beheizt.

Der Trend zum Heizen mit erneuerbaren Energien wird anhalten: Etwa 83 Prozent der im Jahr 2022 genehmigten rund 110.700 Wohngebäude sollen ganz oder teilweise mit erneuerbaren Energien beheizt werden. Meist kommen Wärmepumpen zum Einsatz: Sie dienen in 71 Prozent der genehmigten Neubauten als primäre Heizung.

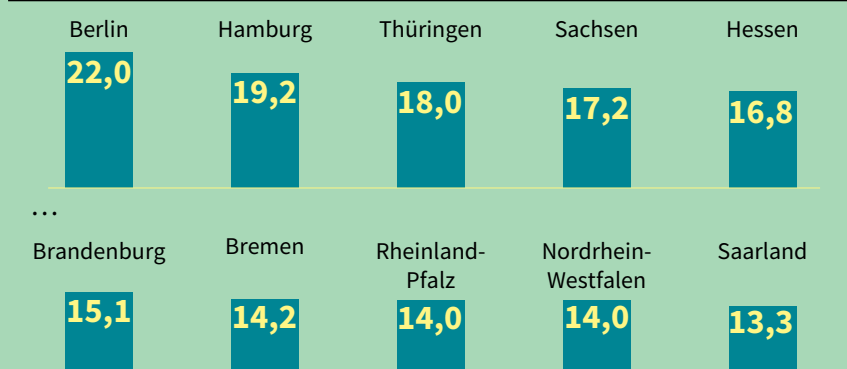
Top-Liste: Männersache MINT?

Arbeitsplätze im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – kurz: MINT – sind in Deutschland nach wie vor meist in Männerhand. Im dritten Quartal 2022 arbeiteten gut 1,1 Millionen Frauen in einem MINT-Beruf. Das waren zwar rund 270.000 mehr als zehn Jahre zuvor, aber immer noch nur 16 Prozent aller MINT-Beschäftigten. Am stärksten vertreten sind Frauen in MINT-Jobs in Berlin, dort betrug ihr Anteil zuletzt immerhin 22 Prozent. Schlusslicht des Bundesländer-Rankings ist das Saarland, wo Frauen gerade einmal 13 Prozent der MINT-Arbeitsplätze innehatten. Generell unterscheidet sich der Frauenanteil stark nach Berufsbereichen: Während in den Biologen- und Chemikerberufen, die einen akademischen Abschluss erfordern, rund 47 Prozent der Beschäftigten weiblich sind, liegt dieser Anteil in den Ingenieurberufen der Energie- und Elektrotechnik unter 11 Prozent.

iwkoeln.de/mint-fruehjahrensreport-2023

MINT-Berufe: Meist nur wenige Frauen

So viel Prozent der Ende September 2022 sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten in MINT-Berufen waren Frauen



MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
 Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd